In dem Statutenstreitverfahren (Wahlanfechtung)

der Genossen M aus R

-u.a. Antragsteller-

g e g e n

den Ortsverein R

-Antragsgegner-

hat die Bundesschiedskommission durch

Genossen Erwin Schoettle (Vorsitzender),
Genossen Otto Fichtner (Beisitzer)
Genossen Wolfgang Busch

aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 23.9.1972 entschieden:

Die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Bezirkschiedskommission H-S II vom 22.9.1972 wird als unzulässig abgewiesen.

Gründe

I.

In der Mitgliederversammlung des Antragsgegners vom 10.9.1972 wurden die Delegierten des Ortsvereins R für die SPD-Wahlkreiskonferenz des Bundestagswahlkreises G. gewählt, die am 23.9.1972 in W. stattfinden sollte. Es wurden 54 Delegierte aus einer Liste von 118 Kandidaten nach geheimer Listenwahl (§ 8 Wahlordnung) gewählt.

Die Wahl wurde von den Antragstellern beim Vorstand des Unterbezirks G gemäß § 11 Abs. 3 der Wahlordnung angefochten. Die Zahl der Antragsteller entsprach dem Quorum in § 12 Abs. 1 der Wahlordnung (1/10 der Stimmberechtigten der Versammlung).

Die Antragsteller behaupteten, die Wahlen seien ungültig, weil entgegen den Bestimmungen der örtlichen Statuten keine Mandatsprüfungskommission gewählt worden sei und somit keine ordnungsgemäße Mandatsprüfung (Prüfung der Legitimation der Teilnehmer der Mitgliederversammlung vor der Delegiertenwahl) stattgefunden habe. Auch die geheime Stimmabgabe wurde angezweifelt.

Der Vorstand des Unterbezirks G wies am 20.9. die Anfechtung zurück.

Am gleichen Tage riefen die Antragsteller gegen diese Entscheidung die zuständige Bezirksschiedskommission H-S II an (§ 11 Abs. 4 der Wahlordnung).

Die Bezirksschiedskommission lud am 21.9. zu einer mündlichen Verhandlung zum 22.9. nach F. An dieser mündlichen Verhandlung nahmen Vertreter der Antragsteller und des Antragsgegners teil.

Die Bezirksschiedskommission gab der Anfechtung statt, erklärte die Wahl in der Mitgliederversammlung vom 10.9. für ungültig und wies den Vorstand des Antragsgegners an, unverzüglich eine Versammlung für Neuwahlen einzuberufen (§ 11 Abs. 6 der Wahlordnung).

Gegen diese Entscheidung legte der Antragsgegner telegraphisch Berufung beim Vorsitzenden der Bundesschiedskommission ein. Wegen der besonderen Eilbedürftigkeit, die sich aus dem Termin der bereits ordnungsgemäß eingeladenen Wahlkreis-Konferenz (23.9.) ergab, für die die Entscheidung der Bezirksschiedskommission nach Auffassung der Antragsgegner die Konsequenz der Nichtbeteiligung der R. Delegierten oder der Vertagung haben müßte, setzte der Vorsitzende der Bundesschiedskommission Termin zur mündlichen Verhandlung am 23.9. 1972, 9.00 Uhr in S. an.

Zu dieser Verhandlung erschienen Vertreter des Antragsgegners und trugen vor, die Bezirksschiedskommission habe die Ladungsfristen der Schiedsordnung nicht beachtet und sich über die in der mündlichen Verhandlung vorgetragene und begründete Besorgnis der Befangenheit gegen einen Beisitzer ohne ordnungsgemäße Entscheidung hinweggesetzt. Die Entscheidung der Bezirksschiedskommission sei demnach mit erheblichen Verfahrensmängeln zustande gekommen. Der Antragsgegner beantragte

die Entscheidung der Bezirksschiedskommission H-S II aufzuheben und festzustellen, daß die R'er Delegierten zur Wahlkreis-Konferenz der SPD für den Bundestagswahlkreis G. ordnungsgemäß gewählt worden seien.

Ein Vertreter der Antragsteller war nicht erschienen. Anträge wurden nicht gestellt.

II.

Die Berufung ist unzulässig.

Entscheidungen der nach § 11 Wahlordnung, § 21 Abs. 1 Schiedsordnung zuständigen Schiedskommissionen sind endgültig (§ 11 Abs. 2 der Wahlordnung). Da es sich um die Entscheidung über die Gültigkeit einer Wahl im Parteibezirk H-S handelte, war die zuständige Bezirksschiedskommission dieses Parteibezirks allein und endgültig zur Entscheidung über diese Wahlanfechtung berufen.

Auch die Behauptung erheblicher Verfahrensmängel kann nicht zu einer Anrufung der Bundesschiedskommission und zu einer Nachprüfung der Entscheidung einer Bezirksschiedskommission in dieser Hinsicht führen. Aus § 11 Abs. 7 der Wahlordnung ergibt sich klar, daß zu einer weiteren Überprüfung der

Sach- und Rechtslage im Falle einer Wahlanfechtung nur die Anrufung des zuständigen ordentlichen Gerichts führen kann. Jede Nachprüfung im Zuge der nach der Schiedsordnung zuständigen Parteiorgane ist ausgeschlossen.

Die Bundesschiedskommission hatte bei dieser Rechtslage nicht zu prüfen, ob die mit Rücksicht auf den Termin der Wahlkreis-konferenz sofort angesetzte mündliche Verhandlung das rechtliche Gehör der Antragsteller beeinträchtigen konnte. Über die Zulässigkeit einer Berufung hat die Bundesschiedskommission von Amts wegen zu entscheiden ohne daß es dazu einer Anregung oder Äußerung der Verfahrensbeteiligten bedürfte.